

# Coimbatore

## Das neue Epizentrum kommunalistischer Gewalt

von Asghar Ali Engineer

Coimbatore als Zentrum der Textilindustrie im südlichen Bundesstaat Tamil Nadu rückt mehr und mehr in den Mittelpunkt kommunalistischer Spannungen. Die Konkurrenz zwischen etablierten Hindus und aufstrebenden muslimischen Geschäftsleuten trägt zur sensiblen Lage in der Millionenstadt bei.

In den siebziger und achtziger Jahren blieb der Süden Indiens von kommunalistischer Gewalt verschont. Sozialwissenschaftler betrachteten den Kommunalismus als ein Phänomen des Nordens. Hier befand sich über Jahrhunderte die Hauptstadt des Landes - Machtauseinandersetzungen zwischen Hindus und Muslimen fanden ausschließlich im Norden des Landes statt. Betont werden muß in diesem Zusammenhang, daß der Kommunalismus kein Religionsprodukt darstellt, sondern aus dem Kampf um politische und administrative Macht zwischen zwei oder mehreren religiös verbundenen Gemeinschaften entsteht. Der Wettstreit um die politische Vorherrschaft mündet zwangsläufig in kommunalistischen Differenzen. Zentrum der Reibungen war stets Nordindien, wo während der britischen Kolonialzeit Hindu- und Muslim-Eliten um die Macht konkurrierten. Sie rekrutierten sich primär aus dem Bundesland Uttar Pradesh, welches noch heute - zusammen mit Madhya Pradesh, Maharashtra und Gujarat das Zentrum kommunaler Auseinandersetzungen bildet. Die 'Muslim League' im kolonialen Indien und die 'Jan Sangh', später im unabhängigen Indien in BJP umbenannt, waren Parteien des Nordens. Ursprünglich verfügten sie im Süden des Landes nur über sehr geringen Einfluß.

Ein weiterer Grund für die Abwesenheit des Kommunalismus im Süden liegt in der Herrschaft durch die Fürstenstaaten. Wie bereits oben ausgeführt, ist Kommunalismus das Produkt des Strebens nach Macht. Ein solches prägte sich nur im britisch regierten Teil Indiens aus, nicht jedoch in den Fürstenstaaten, in denen alle Macht in den Händen des Regenten lag. Auch in den Fürstenstaaten des Nordens konnte diese Konkurrenz zwischen den Vertretern unterschiedlicher "communities" nicht beobachtet werden. Im Süden wurde diese Gefahr durch die Entfernung vom Machtzentrum zusätzlich geringer.

Ein dritter gewichtiger Faktor muß in der größeren kulturellen und linguistischen Kohäsion des Südens gesehen werden. Im Norden existierten zwischen Hindus und Muslimen - trotz einer gemeinsam geprägten Kultur ('composite

culture') - spezifische Charakteristika, welche im Süden in dieser Weise nicht vorhanden sind. Auch in Tamil Nadu sind Muslime stärker assimiliert - ein kommunales Bewußtsein ist nur sehr schwach ausgeprägt. In den blutigen Ausschreitungen in Bombay nach dem Schleifen der Moschee von Ayodhya um die Jahreswende 1992/93 verlegten viele muslimische Unternehmer ihre Geschäfte in das als sicher geltende Tamil Nadu. Aus vielerlei Gründen hat sich dieser Zustand schlagartig verändert und der Kommunalismus hält in Tamil Nadu Einzug.

Kein indischer Landesteil wird von Fürsten regiert, obwohl sie selbst politischen Parteien beitraten und um die Macht konkurrierten. In einer Demokratie ist eine solche Konkurrenz üblich und legitim. Sie steht jedoch im Gegensatz zu einem kasten- und gruppenbezogenen Wettbewerb. In gleichem Maße wie die Niedrigkastigen und Minderheiten dabei ihre Forderungen nach einer Beteiligung an der Macht geltend machen, tendieren die Höherkastigen dazu, ihre Machtbasis durch die Betonung kultureller und kommunaler Themen zu konsolidieren. Ein solcher Prozeß ist zur Zeit auch im Süden Indiens zu beobachten.

Tamil Nadu-spezifische Umstände haben aber lange Zeit eine Ausbreitung des Kommunalismus verhindert: so z.B. der große Anteil Niedrig- und Unterkastiger dravidischen Ursprungs. Vor diesem Hintergrund war das Hindu-Bewußtsein nur sehr schwach ausgeprägt. Die dravidische Identität, nicht zuletzt eine Folge des 'Periyar'-Vermächtnisses, war lebendig und die Bewohner waren auf ihre Anti-Hindu-Vergangenheit stolz. Die beiden wichtigsten Parteien, die DMK und AIADMK, proklamierten dieses Erbe gleichermaßen für sich. Eine Kommunalisierung der Gesellschaft in Tamil Nadu wurde somit für eine lange Zeit verhindert.

Die Situation heute stellt sich verändert dar. In diesem Transformationsprozeß spielen die wachsenden Kasten-Spannungen im südlichen Tamil Nadu eine wichtige Rolle. Die höheren Kasten - Brahmanen und Thevars - unterstützen dabei eine militante Hindu-Organisation, die sogenannte 'Hindu Munnani', um

den zunehmenden Einfluß der unteren Kasten zurückzudrängen. Die Konversion von Dalits in Meenakshipuram in den frühen achtziger Jahren führte dazu, daß die Höherkastigen sich anti-muslimisch orientierten und die 'Hindu Munnani' stärkten. Besonders im Süden des Bundeslandes ist die radikale Organisation stark verwurzelt und macht durch militante Hindu-Propaganda, anti-muslimische Hetzschriften sowie Übergriffe gegen Muslime auf sich aufmerksam. Verantwortlich ist sie u.a. für die Ausschreitungen in Chennai während der 'Vinayak Chaturthi'-Prozession 1990.

Die 'Hindu Munnani' radikalisiert dabei Tamil Nadu in zunehmendem Maße. Gleichzeitig versucht die BJP - mit einigem Erfolg, wie die jüngsten Wahlen gezeigt haben -, ihre Machtbasis im Süden des Landes zu erweitern. In Karnataka z.B. geschah dies auf Kosten von mehreren Toten während eines Feuergefechts mit der Polizei, nachdem ein provokatives Fahnenhissen während eines muslimischen Fests in Hubli durchgesetzt wurde. In Tamil Nadu ermutigt sie die 'Hindu Munnani', die kommunalistische Karte auszuspielen. Gleichzeitig koalitiert die BJP mit der AIADMK, um auf diesem Weg nicht nur ihre Macht in Delhi, sondern auch in Tamil Nadu zu festigen.

Coimbatore als Zentrum der Textilindustrie rückt dabei mehr und mehr in den Mittelpunkt kommunalistischer Spannungen. Die Konkurrenz zwischen den etablierten Hindus und den aufstrebenden muslimischen Geschäftsleuten trägt zur sensiblen Lage in der Millionenstadt bei. Bereits im Dezember 1996 und im November 1997 wurde die Stadt von Gewalt zwischen Anhängern unterschiedlicher religiöser Gemeinschaften erschüttert. In den Unruhen im November (siehe 'Südasiens', 7-8/97) war die 'Hindu Munnani' maßgeblich beteiligt. Gemeinhin bekannt ist, daß Extremismus auf der einen Seite den Extremismus der anderen Seite fördert: Nachdem sich die 'Hindu Munnani' durch gewalttätige Übergriffe auf Muslime hervortat, antworteten diese mit der Bildung ähnlich extremistischer Organisationen wie der 'al-Ummah' und dem 'Jihad Committee'. Beiden Organisationen wird eine Verbindung zum pakistanischen Geheimdienst ISI nachgesagt, wobei diese schwerwiegende Beschuldigung auch von vielen Politikern aufrechterhalten wird. Auf das Konto der Muslim-Extremisten geht u.a. ein Anschlag auf das RSS-Büro in Chennai 1993, bei dem ein RSS-Mitarbeiter getötet wurde.

Die im Februar diesen Jahres in Coimbatore verübten Bombenanschläge erinnern in ihrer Art an die Geschehnisse in Mumbai nach den Unruhen 1992-93. Durch die Explosionen, hinter denen

ebenfalls der ISI vermutet wurde, starben mehrere hundert Menschen. In Coimbatore folgten die Anschläge den Unruhen vom November 1997. Die Parallelen zwischen den Ereignissen in Mumbai im März 1993 und den Detonationen in Coimbatore vom 14. Februar sind unübersehbar.

Es gibt eine wichtige Erkenntnis, die wir aus diesen Ereignissen ziehen sollten: Extremistische Gewalt von Seiten einer Gemeinschaft wird mit extremistischer Gewalt von Seiten einer anderen Gemeinschaft beantwortet - und in beiden Fällen sind Unschuldige die Opfer. So war niemand der 300 Toten in Mumbai für die Brutalitäten gegen die Muslime einige Monate zuvor verantwortlich. Außerdem wurden in den kommunalistischen Unruhen vorwiegend Arme und Schwächere und in den sich anschließenden Bombenanschlägen unschuldige und wehrlose Menschen Opfer der Gewalt. Nicht ein Schuldiger der Unruhen wurde dabei selbst getötet oder verletzt. Dasselbe geschah in Coimbatore: Niemand, der sich bei den Ausschreitungen gegen die Muslime im November 1997 schuldig gemacht hatte, wurde durch die Explosionsserie in Mitleidenschaft gezogen.

Die Haltung der Polizei spielte sowohl in Mumbai als auch in Coimbatore eine ausschlaggebende Rolle. In den November-Unruhen in Coimbatore verhielt sie sich ebenso unverhohlen anti-muslimisch wie einige Jahre zuvor in Mumbai. Die Ordnungskräfte in Maharashtra im allgemeinen und in Mumbai im besonderen ließen sich dabei von der anti-muslimischen Propaganda - vorgetragen durch das Sprachrohr der Shiv Sena, 'The Samna', - infizieren. In der Folge führte der Autor 50 Workshops mit dem Ziel durch, die Polizei von Mumbai zu "dekommunalisieren". Denn: Je stärker die Polizei eine Haltung gegen die Minderheiten einnimmt, desto größer wird die Gefahr gewalttätiger Übergriffe.

Auch wenn die zu verurteilende Tatsache zutreffend ist, daß 1997 in Coimbatore ein im Dienst befindlicher Polizist durch muslimische Extremisten erstochen wurde, so bedeutet dies nicht, daß die Polizei eine Lizenz zum Töten Unschuldiger besitzt. Tatsächlich boten prominente Muslim-Vertreter an, die potentiellen Mörder des Verkehrspolizisten den Behörden zu übergeben. Obwohl sie ihr Versprechen einlösten, ließen Polizisten ihre Wut über den Vorfall an den Muslimen aus. Die 'Peoples Union for Civil Liberties' (PUCL) hatte die Exzesse während der Unruhen dokumentiert. Sie kommen zu der Erkenntnis, daß nicht die wenigen extremistischen Muslime, sondern die unschuldige, nicht kommunalistisch eingestellte Mehrheit Opfer der Polizeigewalt

wurde. Der PUCL-Report liefert ebenfalls Details des brutalen Polizeieinsatzes: So wurden Verletzte der Unruhen und ihre Angehörigen auf einem Krankenhausgelände bei lebendigem Leib verbrannt - auf demselben Gelände detonierte im Februar eine der Bomben.

Erwähnt werden muß in diesem Zusammenhang auch das Verhalten der Jayalalitha-Regierung gegenüber den Muslimen nach dem Anschlag auf das RSS-Büro 1993 in Chennai. Muslime wurden als potentielle ISI-Agenten verdächtigt. Die nicht zu übersehenden Vorurteile der Regierung resultierten dabei in einer systematischen Verfolgung, in der viele Verdächtige unter dem Terrorismusgesetz TADA inhaftiert wurden. Erst nach der Regierungsübernahme durch die DMK-TMC-Koalition wurden viele Verfahren neu aufgerollt und fälschlicherweise Beschuldigte freigelassen. Der Anschlag auf das RSS-Büro war aller Wahrscheinlichkeit nach ein Racheakt einiger extremistischer Muslime - substantielle Beweise für eine Verstrickung Pakistans wurden nicht vorgelegt. Die Regierung von Tamil Nadu wäre gut beraten, eine Reformierung ihrer Polizei in Coimbatore einzuleiten. Extrem fragil bleibt die Situation in vielen Regionen Tamil Nadus und die Rolle der Polizei in solchen übersensiblen Gebieten ist somit von entscheidender Bedeutung. Aufmerksamere als bisher, muß die Landesregierung die Situation nach der geschmiedeten Allianz zwischen BJP und AIADMK beobachten. Während die Extremisten unter den Muslimen für ihre gewalttätigen Aktionen einer gerechten Strafe zugeführt werden müssen, sollten unschuldige Bürger nicht verfolgt und stattdessen geschützt werden. Ansonsten würde diese angespannte Lage weiter verschärfen.

Den Extremisten in beiden Lagern - in Organisationen wie der 'Hindu Munnani' auf der einen Seite sowie 'al-Ummah' und 'Jihad Committee' auf der anderen Seite - sollte deutlich gemacht werden, daß sich Gewalt letztlich nicht auszahlt: Rachegeleüste resultieren in immer neuer fanatischer Gewalt.

Die moderaten Angehörigen aus den verschiedenen Gemeinschaften sind jetzt ebenfalls gefordert: Ihr Engagement könnte den nötigen demokratischen und säkularen Rahmen für ein zukünftiges, vernunftorientiertes Handeln bieten. Der Süden, der immer schon stärker religiös als kommunalistisch orientiert war, sollte im Kampf gegen den Kommunismus diese Ressourcen erneut nutzen.

Der Autor ist Direktor des 'Institute of Islamic Studies', Bombay; Übersetzung und Bearbeitung: Dirk Geilen